

# Wiesbadener Zeitung

## Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

Preis: 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M., durch Träger und andere Vertriebsstellen frei ins Haus monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M. Durch die Post bezogen monatlich 1.40 M., vierteljährlich 4.20 M., ohne Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pf.

Amtes Organ der Kgl. Polizeidirektion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikolastr. 11. Herausg. Nr. 1015, 1016, 1017. — Anzeigenpreise: In Wiesbaden und Provinz Hessen-Nassau 20 Pf., Rheingebiete 1.—M.; außerhalb 30 Pf., Rheingebiete 1.20 M. Seitenpreise u. Rabatt laut Tarif. Sonntagsbeilagen 6 M. pro 1000.

Nummer 581

Donnerstag, 14. November 1918.

72. Jahrgang.

### Die Forderung des Tages.

Unser Berliner Mitarbeiter schreibt und:  
Seit Sonntag ist die schicksalvolle Frage der Verteilung der öffentlichen Gewalten in Deutschland wenigstens vorläufig beantwortet. Die beiden sozialistischen Parteien haben sich, nach schwierigen Verhandlungen, geeinigt, und zwar in der Art, daß die Unabhängigen Sozialisten mit dem Wesentlichen ihrer Forderungen durchdrangen. Bedeutet das ein Nachgeben der Mehrheitspartei und eine Ausschaltung der bürgerlichen Kräfte, so bedeutet es doch auch zugleich einen Sieg des Gesamtsozialismus über die Minderheit der um Diebstahl gruppierten Radikalen; die „Spartakusgruppe“.  
Diese Niederlage der Radikalen spiegelt sich in Berlin unter anderem in dem Mißerfolg, den die Spartakusleute bei dem Versuch erlitten, die Arbeitsmittel eines großen Zeitungsbetriebes für ihre Zwecke zu beschlagnahmen. Maßgebend für die Neuordnung in der Reichshauptstadt waren die Beschlüsse, die im Zirkus Busch am Sonntag von dem unmittelbar vorher gewählten Berliner Arbeiter- und Soldatenrat gefaßt wurden. In Verhandlungen, während deren Zwischenrufe und Reden deutlich zeigten, wie wenig die Mehrheit der Versammelten geneigt war, sich unter den Willen einer bolschewistischen Minderheit zu beugen, wurde ein Aktionsausschuß gewählt; er besteht aus je zehn Vertretern der Mehrheits- und der Unabhängigen Sozialisten.

Die Verteilung der Gewalten ist somit bis auf weiteres folgende: Die politische Macht liegt in den Händen der über ganz Deutschland verteilten Arbeiter- und Soldatenräte, deren Mittelpunkt der Aktionsausschuß des Berliner Arbeiter- und Soldatenrates ist. Ausführendes Organ der Rätemacht ist die Regierung. Sie besteht aus sechs Mitgliedern, von denen drei (Ebert, Scheidemann und Landshamer) zur mehrheitlichsozialistischen, drei (Haase, Ledebour und Barth) zur unabhängig sozialistischen Partei gehören. Diese sechs „Volksbeauftragten“ bilden die eigentliche Regierung. Mittelbar und nicht gleichberechtigt gehören zu ihr die Mitglieder oder hohen Beamten der früheren Regierung, soweit sie als Sachberater an den Arbeiten der Volksbeauftragten teilnehmen. So hat Solff die Rolle an Sanfting noch immer als „Staatssekretär des Auswärtigen Amtes“ unterzeichnet.

Es ist also vermieden worden, daß im Aktionsausschuß und im Kollegium der Volksbeauftragten „ein Teil einer Klasse“ regiert. Andererseits ist dort, nach Ausschaltung der Bürgerlichen, nicht die Gesamtheit des Volkes vertreten. Das Bedenkliche ist die von den Unabhängigen durchgeführte Verzögerung der Wahlen zur Nationalversammlung.

Da diese natürlichste, demokratischste und beste Lösung der deutschen Lebensfrage ins Ungewisse gerückt ist, müssen wir als Vertretung des deutschen Volkes die Gesamtheit der Arbeiter- und Soldatenräte betrachten. Es kommt alles darauf an, daß es diesen Körperschaften gelingt, in einheitslichem Vorgehen Ordnung und Sicherheit zu schaffen. Wer dies vermag, der kann der Unterstützung durch alle Deutschen, ohne Unterschied der Parteirichtung, sicher sein. Nur der geeinigte und maßvolle Wille der Arbeiter- und Soldatenräte kann der Regierung der Volksbeauftragten das Ansehen schaffen, dessen sie bedarf, um nach innen und außen tatsächlich als eine Regierung zu gelten. Gelingt das nicht, so steht Deutschland vor der fürchterlichen Wahrscheinlichkeit, daß die negativen Mächte das Bestehen einer verhandlungsfähigen deutschen Regierung leugnen und, trotz der Annahme der grausamen Waffenstillstandsbedingungen, in Deutschland einmarschieren. Was das im gegenwärtigen Augenblick hieße, braucht nicht erörtert zu werden.

### Aus Bayern.

München, 13. Nov. (Wolff-Tele.)

Die Konz. Hoffmann meldet amtlich: Um den umlaufenden sinnlosen Gerüchten entgegenzutreten, wird hierdurch folgendes erklärt:  
Die Regierung des Volksstaates Bayern beabsichtigt nicht, in irgend einer Weise die Beschlagnahme von Sparkassen und Bankguthaben oder Vorkäufen von Bargeld oder Banknoten oder Wertpapieren oder sonstigen offenen oder geschlossenen Depots irgend welcher Art vorzunehmen. Zur Beruhigung der Bevölkerung wird hiermit bekannt gegeben, daß alle Gehaltsansprüche der in offiziellem Dienst stehenden Beamten, sowie die Pensionsansprüche der Beamten und ihrer Hinterbliebenen völlig unberührt bleiben.

In Wiederholung unserer früheren Bekanntmachung stellen wir nochmals fest, daß die Presse vollständig frei ist und keinerlei Zensur ausübt wird, ebenso frei ist der Telefon- und Telegraphenverkehr. Das einzig amtlich kontrollierte Vorkaufsorgan der Regierung des Volksstaates Bayern ist das Süddeutsche Korrespondenzbüro (Korrespondenz Hoffmann).  
Die Regierung des Volksstaates Bayern: Kurt Eisner.

### Wiesbaden im Waffenstillstandsvertrag.

Die amtliche Berichterstattung ist noch immer sehr schleppend. Heute wird der Wortlaut der ersten Fassung der Waffenstillstandsbedingungen veröffentlicht. Angesichts der Papiernot müssen wir darauf verzichten, das sehr umfangreiche Schriftstück abzurufen, zumal die bereits eingetretenen und einige noch zu erwartenden Änderungen in einzelnen Punkten erhebliche Umgestaltungen zur Folge haben. Fest steht, daß Wiesbaden in der Mainzer Besatzungszone liegt. Nach der Meinung der Obersten Heeresleitung werden bis zum Eintreffen der feindlichen Besatzungsmächte 21 Tage vergehen. Da der Beginn des Waffenstillstandes auf Montag, 11. November fiel, ist vor Mittwoch, dem 11. Dezember das Eintreffen feindlicher Truppen nicht zu erwarten. Nach den Waffenstillstandsbedingungen ist das Besatzungsgebiet von den deutschen Armeen, d. h. von Militärpersonen, die bei der Waffe stehen, zu räumen. Von Personen, die vom Militär entlassen und in ihren Zivilberuf zurückgeführt sind, ist ebensowenig die Rede, wie von den jungen Leuten, die in das dienstpflichtige Alter hineinwachsen. Da der Kriegszustand aufgehoben ist, spricht nichts dafür, daß irgendwelche Personen, die nicht nicht mehr oder noch nicht der Armee angehören, einer Internierung durch die Feinde anheimfallen könnten. Auch von der deutschen Regierung werden Zivilpersonen nicht weggeführt werden dürfen, denn in den Waffenstillstandsbedingungen heißt es ausdrücklich: „In allen vom Feinde (den Deutschen) geräumten Gebieten ist die Fortführung von Einwohnern untersagt.“ Ferner heißt es darin:  
„Alle Räumungs- und Besatzungsbewegungen werden durch die Zusatznote Nr. 1 geregelt (siehe Seite im Moment der Zeichnung des Waffenstillstandes). Dem Eigentum der Einwohner darf kein Schaden oder Nachteil zugefügt werden. Festsetzungen irgend welcher Art werden nicht ausgeführt. Militärische Einrichtungen jeder Art werden in unverändertem Zustande ausgeliefert, ebenso alle militärischen Vorräte, Lebensmittel, Munition und Ausrüstungsstücke, die nicht in dem für die Räumung festgesetzten Zeitraum haben mitgeführt werden können. Alle für die Zivilbevölkerung bestimmten Lebensmittelvorräte jeder Art (Vieh usw.) müssen an Ort und Stelle belassen werden. Industrielle Anlagen dürfen keine Schädigung erleiden, ihr Personal darf nicht gewechselt werden.“

### Die Flotte im Waffenstillstandsvertrag.

Berlin, 13. Nov. (Wolff-Tele.)

In Ziffer B der Waffenstillstandsbedingungen (Internierung deutscher Kriegsschiffe in neutralen Häfen oder in Häfen der verbündeten Mächte) sind von England zunächst folgende Kriegsschiffe namhaft gemacht worden:  
„Bayern“, „König Albert“, „Großer Kurfürst“, „Kronprinz Wilhelm“, „Markgraf“, „Friedrich der Große“, „Kaiser“, „Prinzregent Luitpold“, „Hindenburg“, „Derfflinger“, „Seydlitz“, „Roltke“, „S. d. Lann“, „Brummer“, „Bremse“, „Köln“, „Dresden“, „Emden“, „Frankfurt“ und „Wiesbaden“ sowie fünfzig moderne Zerstörer.

Die Abfahrt muß bis zum 18. November 5 Uhr früh erfolgen. Das Ziel ist noch nicht bekannt. Die Schiffe sollen mit herabgeschlehter Besatzung fahren und ohne Munition.  
Helgoland.  
Berlin, 13. Nov. (Wolff-Tele.)  
Der deutschen Waffenstillstandsdelegation ist folgender Zusatz zu dem Vertrag zugegangen: Mit Rücksicht auf die neuen Ereignisse wird den Bedingungen des Waffenstillstands zur See hinzugefügt: Falls die Fahrzeuge nicht in der bezeichneten Frist übergeben werden sollten, werden die verbündeten Regierungen und die Vereinigten Staaten das Recht haben, Helgoland zu besetzen, um ihre Uebergabe zu sichern.

### Vor den Friedensverhandlungen.

Amsterdam, 13. Nov. (Eig. Tel.)

Nach Meldungen aus Paris werden die Ministerpräsidenten der alliierten Mächte binnen Kurzem in Versailles zusammentreten, um die verschiedenen Fragen, die mit dem Frieden zusammenhängen, näher zu behandeln.

### Das französische Hauptquartier in Metz.

Amsterdam, 13. Nov. (Eig. Tel.)

Das „Echo de Paris“ meldet, daß das französische Hauptquartier binnen zehn Tagen in Metz errichtet sein werde.

### Ueber 10 1/2 Milliarden.

Berlin, 13. Nov. (Wolff-Tele.)

Das Ergebnis der neunten Anleihe beträgt nach den bisher vorliegenden Meldungen ohne die Umschuldung

gelangten älteren Kriegsanleihen 10 Milliarden 374 Millionen Mark. Teilanleihen haben noch aus, so daß sich der Gesamtanleihe noch etwas höher stellen dürfte. Im Hinblick auf die schwierigen Verhältnisse, unter denen die Anleihe aufgelegt wurde, muß dieses Ergebnis, wenn auch es an die Resultate der vorangegangenen Anleihen erklärlicherweise nicht heranreicht, doch als höchst befriedigend bezeichnet werden.

### Die Versorgung Hollands.

Haag, 13. Nov. (Wolff-Tele.)

Nach einer Meldung des Korrespondenzbureaus teilte der Minister des Innern in der Zweiten Kammer u. a. mit, daß die Verhandlungen Hollands mit der Entente in London günstig verlaufen und daß schon sehr Schiffe mit Getreide, Del und Seiden nach Holland unterwegs seien. Als Gegenleistung muß Holland den Alliierten für fünf Jahre einen Kredit von 150 Millionen Gulden zu 5 Prozent einräumen. Störungen der Ordnung in diesem Augenblick würden nur die Verhandlungen schädigen, das Betriebsleben unterbinden und Hungernot zur Folge haben.

### Die deutsch-österreichische Nationalversammlung.

Wien, 13. Nov. (Wolff-Tele.)

Die gestrige Sitzung der provisorischen Nationalversammlung nahm folgenden Verlauf:

Präsident Dinghofer widmete unter allgemeiner, tiefer Ergriffenheit der Anwesenenden dem verstorbenen Dr. Viktor Adler einen Nachruf, in dem er u. a. sagte: Noch am letzten Sonntag hörten wir im Staatsrat seine klugen Worte über den Anschluß Österreichs an das große deutsche Reich. Es sollte seine letzte politische Mahnung sein. Das Schicksal hat es ihm verwehrt, den Weg, den er zu weisen begonnen hat, mit uns zu Ende zu gehen. — Im Eingang befindet sich auch eine Belleidenschaftsrede der tschecho-slowakischen Regierung, ferner eine Entschließung des Tiroler Nationalrates zugunsten der republikanischen Staatsform in Deutschösterreich.

Bei der Vorlage über die Staats- und Regierungsform in Deutschösterreich verlas Staatskanzler Dr. Renner darauf hin, daß diese Vorlage im Drange der Not beschlossen worden ist. „Wenn wir die deutsch-österreichische Republik erklären, so vollziehen wir eine Notwendigkeit nach außen. Heute ist die Demokratie das Grundgesetz der ganzen Welt geworden. Auch wir müssen mit den Methoden der modernen Politik regieren. Wir wollen niemanden beherrschen als uns selbst, aber wir wollen auch nicht das Opfer irgend einer fremden Herrschaft werden. Wir werden auf keine in unser Siedlungsgebiet eingeschlossenen Volksteile verzichten.“ — Der Redner betonte die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der drei Hauptgruppen der Bevölkerung: der Bürger, Bauern und Arbeiter, zum Schutze gegen eine wirtschaftliche und soziale Katastrophe. Bei den im Januar stattfindenden Wahlen werde ein jeder für seine Weltanschauung und seine Parteigrundsätze wirken können.

Bei der Besprechung des Artikels 2 betreffend die deutsch-österreichische Republik als Bestandteil der deutschen Republik bemerkte der Redner: „Unser deutsches Volk ist im Unglück tief gebeugt worden, aber gerade in dieser Stunde, wo es leicht und bequem, vielleicht auch verführerisch wäre, mit Pitt vom Feinde Vorteile zu erbalten, soll unser Volk genau wissen: Wir sind ein Stamm und eine Schicksalsgemeinschaft stämmischer, unabhäugender Völker, Händelkassen im Saal und auf der Galerie. Dieser Artikel wird erst durch besondere Gesetze Inhalt bekommen auf Grund von Beratungen mit unseren Brüdern im Reich. Die große und überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes war bereit, einen Frieden auch im Rahmen des neuen Staates Österreich zu schließen. Wir konnten aber unsere Verhandlungen nicht zum friedlichen Abschluß bringen. Immer stehen wir auf die letzte Bedingung, nämlich Unterstellung des wichtigsten Teiles unseres Landes unter die tschecho-slowakische Fremdherrschaft. Mit unserem freien Willen wird aber niemals deutsches Gebiet unter Fremdherrschaft gestellt werden.“

Die tschecho-slowakische Bourgeoisie möge sich nicht dem Traum hingeben, daß es den französischen und englischen Arbeitern auf die Dauer daran gelegen sein wird, die Deutschen mit Gewalt zu unterdrücken. Wir sind bereit, in jene herrliche, auf Gleichberechtigung beruhende internationale Gemeinschaft einzutreten. Am liebsten wäre uns eine internationale Gemeinschaft der vereinigten Demokratien Europas. Der angelsächsischen Bourgeoisie, die unter Freiheit der Völker Europas eine Weltgeltung zur wirtschaftlichen Ausbeutung Europas vertritt, wird in nicht allzu ferner Zeit der Völkerbund von ganz Europa antworten, um den Kontinent von imperialistischer Fremdherrschaft zu befreien. (Vehementer Beifall, Händelkassen, stämmische Heulerei, Beifall im Hause, im Saale und auf den Galerien.)

Der christlich-soziale Abgeordnete Kläber gab eine Erklärung ab, wonach es dem demokratischen Empfinden seiner Partei eher entsprochen hätte, die endliche Entscheidung über die Regierungsform einer allgemeinen Volksabstimmung vorzuschalten. Die Christlich-Sozialen werden sich ihren tatsächlichen Grundbesitz gemäß der neuen Staatsautorität unterordnen. (Vehementer Beifall.)

Der Geheime Rat wird sodann in allen Sitzungen unter stämmischem Beifall des ganzen Hauses und Galerien einstimmig angenommen, die an das Volk von Deutsch-Österreich gerichtet werden soll. Sodann begann sich alles vor die Parlamentsrampe, um dort dem Volke die gefaßten Be-

Schlüsse mitzuteilen. Nach einer halbständigen Unterbrechung wurde die Sitzung wieder aufgenommen. Während der Beratung vielen Abgeordnete dem Präsidenten zu: Man fürmt das Parlament, drahen wird geschlossen. Darauf wurde die Sitzung unterbrochen. Nach Wiederaufnahme wird die weitere Tagesordnung erledigt. Der Präsident schloß die Sitzung, indem er erklärte, daß die Behauptung, daß vor dem Parlament geschlossen wurde, un wahr sei und daß nicht ein Schuß vom Hause aus abgegeben wurde. Ueber die hier angedeuteten Vorgänge haben wir bereits in der vorigen Nummer berichtet.)

### Kundgebungen der Volksregierung. Ein Aufruf an die Truppen.

Berlin, 12. Nov. (Hollf-Tel.) Telegramm der Volksregierung an die Oberste Deeresleitung. Die Volksregierung ist von dem Wunsche besetzt, daß jeder unserer Soldaten nach den unglücklichen Kämpfen und den unerhörten Entbehrungen in kürzester Zeit nach der Heimat zurückkehrt. Dieses Ziel ist aber nur zu erreichen, wenn die Demobilisierung nach einem geordneten Plane vor sich geht. Falls einzelne Truppen willkürlich zurückbleiben, so gefährden sie sich selbst, ihre Kameraden und die Heimat auf das Schwerste. Ein Chaos mit Hunger und Not müßte die Folge sein. Die Volksregierung erwartet von Euch strengste Selbstdisziplin und unermesslichen Schanden zu vermeiden. Wir suchen die Oberste Deeresleitung, das Feldheer von vorstehender Erklärung der Volksregierung in Kenntnis zu setzen und folgendes anzuordnen:

1. Das Verhältnis zwischen Offizier und Mann hat sich auf gegenseitiges Vertrauen aufzubauen. Willige Unterordnung des Mannes unter den Offizier und kameradschaftliche Behandlung des Mannes durch den Vorgesetzten sind hierzu Vorbedingungen.
  2. Das Vorgesetztenverhältnis des Offiziers bleibt bestehen. Unbedingter Gehorsam im Dienst ist von entscheidender Bedeutung für das Gelingen der Rückführung in die deutsche Heimat. Militärische Disziplin und Ordnung im Deere müssen deshalb unter allen Umständen aufrecht erhalten werden.
  3. Die Soldatenräte haben zur Aufrechterhaltung des Vertrauens zwischen Offizier und Mann beratende Stimme in Fragen der Verpflegung, des Urlaubs, der Verhängung von Disziplinarstrafen. Ihre oberste Pflicht ist, auf die Verhinderung von Unordnung und Meuterei hinzuwirken.
  4. Gleiche Ernährung für Offiziere, Beamten und Mannschaften.
  5. Gleiche Zuschüsse zu den Wohnstätten, gleiche Feldanlagen für Offiziere und Mannschaften.
  6. Von der Waffe gegen Angehörige des eigenen Volkes ist nur in der Notwehr und zur Verhinderung von Plünderungen Gebrauch zu machen.
- gez.: Uebert, Haase, Scheidemann, Landsberg, Barth.

### Der Rat geistiger Arbeiter.

Berlin, 13. Nov. (Hollf-Tel.) Der Rat geistiger Arbeiter veröffentlicht sein Programm, dem folgendes zu entnehmen ist. Er kämpft gegen die Unterdrückung der Arbeiter durch das kapitalistische System. Er will die persönliche Freiheit und soziale Gerechtigkeit. Er bezieht alle Methoden der Umwälzung, die nicht zur Anarchie, d. h. zur Vernichtung der Kultur und zur Barbarei der Minderheit führen. Er fordert unter anderem einen Völkerverbund, das Völkerparlament, das Zwangsschiedsgericht, gerechte Verteilung der äußeren Lebensgüter, Vergesellschaftung von Grund und Boden, Konfiskation von Vermögen von einer bestimmten Höhe an, Beschränkung des Strafrechts, Vermenschlichung des Strafvollzugs, radikale Reformen der öffentlichen Erziehung, die Einheitschule, freie Dozentur, Wahl der Volkstoren durch die Studenten, Säuberung der Presse von nationalitätlicher und kapitalistischer Korruption, Trennung von Kirche und Staat, kühner Rat aktiver Arbeiter. Vorbedingung zur Durchführung des Programms ist nach Herstellung der Ordnung die Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung. Proletariat und Intellektuelle, vereinigt euch!

### Die Bedeutung der Kölner Revolution.

Köln, 13. Nov. (Eig. Tel.) Die Kölner Vertreter haben sich auch mit dem Arbeiter- und Soldatenrat des Großen Hauptquartiers ausgesprochen. Die Oberste Deeresleitung gab die Erklärung ab, daß die Kölner Revolution am Freitag von unabsehbarer Bedeutung sei. Die Oberste Deeresleitung und der Kronprinz

haben sich durch Hintersprecher fortwährend über die Umwälzungen im Volke und den Zusammenbruch der Kölner Garnison unterrichtet. Auf Grund der Kölner Vorgänge wurden im Großen Hauptquartier weitgehende Beschlüsse gefaßt und angeregt, sofort in der Etappe und an der Front Soldatenräte nach Kölner Muster zu bilden. Dadurch wurde eine ungeheure Katastrophe vermieden.

### Selbständigkeitsbestrebungen in Hannover.

Die deutsch-hannoverschen Reichstagsabgeordneten Freiherr v. Schele-Scheleburg, Ludwig Alpers, Graf Bernstorff-Beinhagen, Goldhorn und Freiherr v. Wangenheim-Walze veröffentlichten folgenden Aufruf „an alle Hannoveraner“: „Mit dem Kriegsbeginn hatte die Deutsch-hannoversche Partei den parteipolitischen Kampf eingestellt, in der Erwägung, daß in des Vaterlandes Not alle parteipolitischen Bestrebungen zurücktreten haben. Mit voller Hingebung an ihre vaterländische Pflicht haben die hannoverschen Niederfachlichen mit den übrigen Deutschen gewetteifert, und rühmende Anerkennung ist ihnen zuteil geworden. Die Einstellung des Parteikampfes bedeutete aber keinen Verzicht auf die Forderungen des hannoverschen Volkes. Im Gegenteil! Nachdem wir mit der Zeit bewiesen, daß kein anderer deutscher Stamm den niederfachlichen übertrifft in treuer Erfüllung seiner Pflicht gegenüber dem deutschen Vaterlande, dürfen wir hoffen, daß das deutsche Volk ein besseres Verständnis gewonnen hat für die echt deutschen Bestrebungen der Hannoveraner, die überdies ganz in der Richtung liegen, in der die neue Entwicklung innerhalb und außerhalb Deutschlands sich vollzieht. Man erkennt das Recht aller Völker an, über ihr Schicksal selbst zu bestimmen. Sollten die deutsche Brüder dem hannoverschen Volke sein unaltes, 1866 ihm gewaltsam entzogenes Recht auf nationale Selbständigkeit verweigern können, dessen Preußen, Sachsen und Bayern sich erfreuen? Im neuen deutschen Reiche darf es keine unterdrückten Bestrebungen mehr geben. Unter den gleichberechtigten deutschen Bundesstaaten muß auch unser Hannoverland die ihm gebührende Stellung wieder einnehmen. Diese Forderung ist selbstverständlich, denn jedem Hannoveraner sind Recht, Ordnung und Freiheit Lebensbedingung. Hannovers Schicksal muß geleitet werden von einer Regierung, die entsprechend dem Willen des Volkes sich zusammensetzt. Darum vertrauen wir, daß alle Hannoveraner ohne Unterschied der Partei und ohne Rücksicht auf die Parteipolitische ihre Stimme vereinigen werden in der Forderung: „Im freien Deutschland ein freies Hannover!“

### An die heimkehrenden Kriegsteilnehmer.

Der kurhessische Kriegerbund in Kassel wendet sich in einem Aufruf an die heimkehrenden Krieger, in dem er auf die großen wirtschaftlichen Vorteile hinweist, die der Deutsche Kriegerbund (Kasselerbund) seinen Mitgliedern durch seine Unterstützungsanstalten gewährt. In dem Aufruf heißt es u. a.:

„Die bisher schon im Frieden die werktätige Kameradschaft eine der schönsten Aufgaben der Kriegervereine war, so wird es besonders nach diesem furchtbaren Kriege eine ihrer vornehmsten Bestimmungen sein, vor allem die freigebliebenen Kriegsteilnehmer durch Rat und Tat in jeder Hinsicht zu unterstützen und ihnen nach Kräften bei ihrer wirtschaftlichen Sicherstellung beizustehen.“

So wenden wir uns denn an alle Kriegsteilnehmer ohne Unterschied der politischen Parteistellung und des religiösen Bekenntnisses, ohne Unterschied des Standes und der Berufszugehörigkeit, ohne Unterschied der Zugehörigkeit zu Arbeitervereinigungen, zu Gewerkschaften oder anderen Arbeitervereinigungen und laden sie kameradschaftlich ein, in unsere Reihen einzutreten.

In den schweren Jahren dieses blutigen Krieges hat unser Volk erfahren, daß nur Einigkeit stark macht. Möchten sich die heimkehrenden Feldgrauen, die in Sturm und Wetter, in Not und Tod mit kameradschaftlicher Treue Schützer an Schützer gekämpft und gekämpft, geduldet und gelitten haben, deshalb auch im Frieden in Einigkeit zusammenstehen, geeint durch die unaussprechlichen Erinnerungen an die erbebenden und furchtbaren Eindrücke, an die gemeinsamen Leiden und Entbehrungen dieses großen Völkeringens, um den Geist vaterländischer Gesinnung zu pflegen und auf kommende Geschlechter zu übertragen, und um in treuer kameradschaftlicher Liebedätigkeit die Wunden verbunden und heilen zu helfen, die dieser Krieg geschlagen hat.“

### Anzüge und Mäntel für bedürftige entlassene Krieger

Die Reichsbedarfsstelle hat einen Versorgungsplan bekanntgegeben, wonach 750 000 Anzüge und 250 000 Mäntel aus getragenen Militärfachen und 500 000 neue Anzüge für

bedürftige entlassene Krieger bestimmt sind. Nach der Bekanntmachung ist bedürftig, wer keinen noch brauchbaren bürgerlichen Anzug oder Mantel besitzt und derart unbedürftig ist, daß er sich diese Kleidungsstücke im freien Verkehr zu den dafür üblichen angemessenen Preisen nicht kaufen kann. 200 000 Anzüge und 50 000 Mäntel werden an die Aermsten der Entlassenen unentgeltlich abgegeben. Bei den übrigen Kleidungsstücken gewährt das Reich einen Zuschuß von zehn oder vierzehn Mark zur Verbilligung. Hierfür hat das Reichsfinanzamt 21 Millionen Mark bewilligt.

Mit der Abgabe der Kleidungsstücke sind die Kommunalverbände beauftragt worden. Es werden nur solche bedürftige Unteroffiziere und Mannschaften des Deeres und der Marine verlorat, die während des Krieges aus allen militärischen Verhältnissen oder nach dem Kriege infolge der Abnutzung entlassen wurden. Wer während des Krieges infolge Reklamation zur Aufnahme von Arbeiten usw. entlassen wird und dessen Wiedereingliederung zum Seceesdienst nicht ausgeschlossen ist, wird auf diesem Wege nicht verlorat. Die Entlassenen erhalten nur einmal unmittelbar nach der Entlassung einen Anzug oder einen Mantel.

### Wer gilt als minderbemittelt?

Ueber diese Frage spricht sich die Kleiderkelle der Stadt Leipzig in einer Bekanntmachung über die Versorgung der minderbemittelten Bürgerschaft dahin aus, daß als Minderbemittelte zunächst die zu gelten haben, deren Einkommen bis zu 3100 Mark jährlich beträgt, sodann verheiratete Personen ohne Kinder bis zum Einkommen von 5800 Mark, mit einem unterhaltspflichtigen Kind bis zu einem Einkommen von 6900 Mark, mit zwei Kindern bis 7300 Mark usw. Jedes weitere Kind wird mit 1000 Mark angerechnet. Ein Familienvater, der zum Beispiel 6900 Mark jährlich verdient und vier Kinder zu unterhalten hat, gilt also als minderbemittelt.

### Bauernland für Heimkehrende.

In der „Deutschen Tageszeitung“ erläßt eine Reihe von Großgrundbesitzern der Rheinmark einen Aufruf, in dem darauf hingewiesen wird, daß im Interesse der Volksernährung eine sorgfame Erhaltung eines Teiles des landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes notwendig sei. Aber dann wird in dem Aufruf ausgedrückt, daß eine wesentliche Vermehrung der kleineren landwirtschaftlichen Betriebe unbedingt erforderlich sei. Zu diesem Zwecke sei die Aufteilung eines Teiles des landwirtschaftlich benutzten Großgrundbesitzes notwendig, vor allen Dingen auch deshalb, um die zurückkehrenden arbeitstüchtigen Menschen auf fester Scholle anzufesteln. Die Städte und die Industrie können nicht so viel Leute aufnehmen, wie durch das Ende des Krieges frei werden. Darum fordern die erwähnten Großgrundbesitzer zu einer großzügigen inneren Kolonisation auf und zur freiwilligen Herausgabe von Großgrundbesitzern auf wüchsigen Flächen, um auf diesem Wege die Ansiedlung von Bauern, Handwerkern und freien Arbeitern ins Werk setzen.

### Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 14. November.

#### Die Umwälzung in Wiesbaden.

Der Arbeiter- und Soldatenrat hatte am Dienstag eine Unterredung mit dem Intendanten der Königl. Schauspiels, Herrn v. Ruytenberg. Dieser lehnte es ab, sich dem Arbeiter- und Soldatenrat zu unterstellen und erklärte, von seinem Posten zurückzutreten zu wollen. Infolgedessen hat Regisseur Ernst Legat einwilligen die Leitung des Theaters übernommen, das nunmehr den Namen „Kassatisches Landestheater“ führen wird. Die Vorstellungen nehmen ihren gewöhnlichen Fortgang. Ueber die Regelung der Finanzfrage des Theaters, das bisher von der Krone subventioniert worden ist, werden noch besondere Maßnahmen zu treffen sein. Ferner hat der Arbeiter- und Soldatenrat beschlossen, den gesamten Arbeitsnachweis dem städtischen Arbeitsamt zu übertragen. Die private Arbeitsvermittlung wird aufgehoben. — Die Bucheremission wird dahin geregelt, daß die Sammler nichts mehr abzugeben haben, sondern den ganzen Vorrat behalten und für sich zu Verkauft lassen dürfen. Diese Maßnahme wird besonders freudig begrüßt werden. — Auf die Einhaltung der Polizeistunde, die von manchen Gastwirten überschritten wurde, wird strenge geachtet werden. Die Polizeistunde ist auf 11 Uhr festgesetzt. Verstöße werden mit Schließung des Lokals bestraft. — Die Versorgung mit Lebensmitteln ist in der letzten Woche auf Wochen hinaus sichergestellt. Die Haupt-

### Komete Liza.

Roman von Ecelle Achenbach.

(20. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Als man auf der Wiese unter den alten Bäumen beim See lag, erlähnte Onkel Carl, dem Solo telephonisch die Besprechung mitgeteilt hatte, und brachte einen großen Kamelienstrauch aus seinem Treibhaus. Liza und des Dürnkneiners Blide lüchelten sich und wanderten dann vereint zu Tante Amalie, die den Jugendfreund, mit dem sie ja wieder in „geschäftlicher Beziehung“ stand, mit heiterer Barmherzigkeit begrüßte. Der Verlover war sehr friedlich, das sah man ihm an. Ihm war es schließlich gleich, welcher Dürnkneiner Liza heiratete; ihm genügte es, daß der „olte Schwede“ das Nachsehen hatte.

Dann erschien auch der Pfarrer mit Nochus; letzterer hatte des Pfarrers Benützung geplündert und war in guter, abgeklärter Stimmung. Liza lächelte ihn dankbar und zärtlich. Sie entfaltete heute eine frauliche Würde, die den Dürnkneiner entzückte. Aber auch Häffelt, Fritz und Nochus folgten jeder ihrer Bewegungen. Liza war in ihrem jungen Glück so kräftig anmutig und jugendfrisch, daß alle in ihrem Bann standen.

Auch Häffelt konnte ihr nicht zürnen. Zweimal hatte es es fertiggebracht, sich ihr zu nähern, als sie einen Augenblick allein stand; die Worte, die er ihr sagen wollte, waren ihm aber in der Leble heden geblieben.

Liza hatte das wohl bemerkt. Während Hans und Carl Bertow Gespräche beiprachen, hatte sie sich in ihrer ungenierten Art leichtenmäßig bei Häffelt ein, um ihm eine Purpurroie zu zeigen, die gerade voll erblüht war.

„Ja, nun ist es nichts mit unserem Geheimnis“, meinte sie lachend, als sie außer Hörweite waren. „Hans hat mir die Krankenpflege ein für allemal verboten. Das hindert aber nicht, daß Malchen und ich einen Ausflug nach dem Reiche der Witte machen könnten — ich bin in meinen Versprechungen sehr vorsichtig gewesen; Die Geschlechter von Hans und Nochus, wenn wir da antämen. Sie müßten natürlich unseren Reisebericht machen.“

Der Dürnkneiner, der Liza und Häffelt nicht aus den

Augen gelassen, gefellte sich zu ihnen, und so kehrte man gemeinsam auf die Wiese zurück.

„Die arme Liza hat ja keine Ahnung, wie eifersüchtig Papa ist!“ Häffelt trieb Nochus zu.

Unterdes erkundigte sich der Pfarrer bei Tante Amalie nach Röschen, ob die Socke in Mariengrund ginge. Malchen senkte aus vollem Herzen.

„Nieder Pfarrer, die Sache geht überhaupt nicht und wird nie gehen. Röschen hat keine Macht über die Kinder; sie beachten sie gar nicht, und so sind aus meinen vierundzwanzig woblgezogenen kleinen Mädchen in dieser kurzen Zeit ebensoviele Gassenjungen geworden. Die Kinder wollen untergebetet sein. Gesehn, als Röschen vor ihnen her ins Haus schritt, hinkte die ganze Bande hinter ihr her. So eine Frechheit!“

„Dat Röschen es geliebt?“ fragte der wormherzige Schnuff.

„A bewahre! Als sie merkten, daß ich sie beobachtete, schritten sie wie Grenadiere, aber eine Gemeinheit ist das doch. Das arme Röschen!“

„Doch du sie nicht gekrafft?“ fragte Liza, in der die Padoogin sich regte.

„Wieso gekrafft?“

„Nun, sie bekommen doch nur trocken Brot zum Abendessen, wenn sie sich schlecht geföhrt haben.“

„Diebst du, das hatte ich ganz vergessen; nein, ich glaube, sie haben sogar Apfelstrudel bekommen.“

„Ne, nur zu“, lachte Liza. „Sorge nur, daß sie dir nicht das Haus über den Kopf anzünden.“

Aber Malchen hörte nicht auf Liza; sie sprach leise und eifrig auf den Pfarrer ein. Röschen sei doch so sehr nett, sie würde eine so gute Frau abgeben, zum Beispiel für Carl Bertow.

Aber Onkel Carl hatte Luchsohren.

Der Verlover dankt, meine Beste! Er hat able Erfahrungen mit den Weibern gemacht.“

„Was? Ich dachte, du wärst Junggeselle?“

„Das hänt damit zusammen!“

Alle lachten. Malchen selbst am herzlichsten.

Malchen selbst erkundigte sich wie die Sache gegangen sei, ebe Gräfin Liza das Regiment führte.

„Ach“, sagte Malchen, „Liza kam ja seit ihrem zehnten

Jahre jede Woche einen Tag heraus und führte die Oberleitung — ich brauchte nur zu drohen; das erfährt die Komtesse, dann partierte die kleine Gesellschaft; ja, das ist ein Kerl, die Liza! Mit zwölf Jahren spielte sie auch schon die Haushfrau in Dürnknein.“

„Ja, aber noch früher?“ forschte Häffelt, Interesse heuchelnd.

„Da hatte ich selbst noch Mut und vier junge Lehrertinnen, alles Männerfeindinnen wie ich, die arbeiteten mit mir.“

„Wo sind die geblieben?“

„Die haben alle vier geheiratet!“ plachte Schnuff jubelnd heraus.

„Da wird Gräfin Schnuff jetzt sicher die Oberleitung über die Plantage übernehmen“, meinte Malchen mit einem totalen Lächeln.

Aber Schnuff protestierte.

„Das fällt mir gar nicht ein; ich gehe nicht mehr nach Mariengrund. So oft ich hinfomme, brechen dort die Majern aus!“

„Malchen Baum wurde ganz rot. Miß Cook und Liza lachten, und Schnuff ließen zum erstenmal Bedenken gegen diese Majern auf, denn jedesmal, wenn sie wieder in Dürnknein war, war Mariengrund leuchtend.“

Da drehte sie der Gesellschaft den Rücken, holte sich ihren Pony, den alten Fridolin, und ritt gekränkt und stolz von dannen. Sie blieb aber nicht lange weg. Sie kam bald wieder angaloppiert. Aufgeregt sprang sie ab und warf Tante Amalie die Zügel zu; sie wollte noch Tee haben, war kräftig; schließlich entfuhr es ihr, was sie aualte:

„Wo ist Malchen geblieben?“

„Der Vord läßt sich entschuldigen, er ist zu Schiff nach Frankreich“, berichtete Nochus, militärisch salutierend; aber Schnuff zuckte die Achseln.

„Der Vergleich hinkt; wenn unsere Lizabeth gerufen hätte, wäre der Vord nicht zu Schiff nach Frankreich, das sage ich euch!“

„Ist das Kind gebildet!“

Fritz nahm das Schwertlein wie einen Bündel und setzte es auf seinen Pony, den Tante Amalie geduldig und derstreut am Zügel hielt.

(Fortsetzung folgt.)

Wage des Arbeiter- und Soldatenrates wird sein, diese Versorgung aus weiter auszuweiten. — Die Bekleidung des Postleitungsgebäudes durch Mitglieder des Soldatenrates ist aufgehoben.

Vorkommende Unregelmäßigkeiten in der Zustellung des Blattes sind zum guten Teil darauf zurückzuführen, daß unser Trägerpersonal an Schuhwerk fehlt und viele unserer besten Träger gezwungen waren und noch sind, die Auslieferung einzustellen. Wir würden es dankbar begrüßen, wenn unsere Leser unter ihrem Stiefelband einmal Nachschon halten wollten, ob sich nicht noch ein paar alte, abgetragene Stiefel vorfinden, die wir unseren Trägern zur Verfügung stellen könnten. Unsere Hauptgeschäftsstelle, Nikolaistraße 11, ist zur Entgegennahme von Schuhwerk für unser Trägerpersonal — event. auch gegen Bezahlung — jederzeit bereit. Auf Anruf — 5915, 5916, 5917 — sind wir auch zur Abholung gern bereit.

Die Handelskammer und die politische Umwälzung. Der vereinigte Ausschuss (Kriegsausschuss) der Handelskammer trat zur Stellungnahme gegenüber den durch die politische Umwälzung veränderten Verhältnissen am Montag zu einer außerordentlichen Sitzung in der Handelskammer unter dem Vorsitz des Handelskammerpräsidenten Kommerzienrat Fehr-Blass zusammen. Der Ausschuss war einmütig der Anschauung, daß die Handelskammer ihre seit hergebrachte Tätigkeit zur nochdrücklichen Wahrung von Industrie und Handel ihres Bezirks in jeder Weise den Umständen entsprechend fortsetzen und Hand in Hand mit den anderen Behörden auch ihrerseits zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und des Verkehrs und dadurch zur Beruhigung der Bevölkerung und zur Aufrechterhaltung der allgemeinen Ruhe und Ordnung nachdrücklich beitragen sollte. Der Ausschuss befaßte sich des Weiteren mit einigen sonstigen, gegenwärtig besonders dringlichen Fragen der Demobilisierung, der Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer, der Lebensmittel- und Rohstoffversorgung, der Arbeitsbeschaffung, der Zahlungsmittelnot usw. und beschloß, daß die Handelskammer in allen diesen Fragen den hierfür zu treffenden Maßnahmen hilfreiche Hand leistet.

Kleinbeschäftigungsmittel. Das Petroleumamt gibt bekannt, daß das Feld C der Petroleumkarte vom 15. bis 27. November in Gültigkeit gesetzt wird. Zur Verteilung gelangen Petroleum und Kerzen. Die Auslieferung der Kerzen ist aber trotz verschiedener Anmahnungen noch nicht erfolgt. Da seit einiger Zeit die Zufuhren von Petroleum aus und über Österreich-Ungarn wegen der dortigen politischen Ereignisse hien und deshalb mit einer weiteren starken Einschränkung der Petroleumzufuhr im nächsten Monat gerechnet werden muß, werden die Verbraucher zur äußersten Sparsamkeit ermahnt.

Unbegündete Gerüchte. Wie eine Meldung des hiesigen Wollischen Telegraphen-Büros aus Berlin, 12. Nov., besagt, sind die Gerüchte, daß die Inhaber von Bankkonten kein Verfügungsbrecht über ihre Einlagen behalten sollen, unbegründet. In der Meldung heißt es weiter, daß das Verfügungsbrecht über Einlagen in dem bisherigen Umfang aufrechterhalten bleibt, um die Auszahlung der Löhne und Gehälter nicht zu gefährden. Der Schwerpunkt ruht hier unverkennbar auf den Worten „in dem bisherigen Umfang“. Es ist notwendig, dies besonders hervorzuheben, um allen Mißverständnissen vorzubeugen, die sich aus der knappen Fassung des Wollischen Dementis ergeben könnten. Daß jede Beschränkung des Verfügungsbrechts über Einlagen sofort von gefährlicher Rückwirkung auf die wirtschaftliche Lage gerade der Arbeitnehmer begleitet sein müßte — diese Erkenntnis liegt auf der Hand; sie wird dazu beitragen, auf Unbegünstigte beruhigend einzuwirken. Die neue Reichsregierung wird schon deshalb keine derartigen Beschränkungen verfahren.

Im das metallverarbeitende Handwerk. Die Handwerkskammer Wiesbaden teilt mit: Die Metall-Freigabebehörde hat in Vorbereitung der Metall-ewirtschaft während der Uebergangswirtschaft eine Reueinteilung der Metallberatungs- und Verteilungstellen vorgenommen, um möglichst alle beteiligten Betriebe einer für sie zuständigen Stelle anzuschließen und damit die Einteilung der einzelnen Verbrauchergruppen bei der Uebergangswirtschaft vorzubereiten. Für das Handwerk ist diese Stelle bei dem deutschen Handwerks- und Gewerkekammertag zu Hannover gebildet worden. Die Metall-Freigabebehörde fordert daher alle Handwerksbetriebe, welche unedle Metalle (Kupfer, Zinn, Aluminium, Zink, Blei und Nickel) verarbeiten, auf ihre Betriebe bei der für sie zuständigen Handwerkskammer anzumelden. Alle diese Betriebe innerhalb des Kammerbezirks haben diese Anmeldung spätestens bis zum 20. d. Mis. bei der Handwerkskammer Wiesbaden zu tätigen. Im eigenen Interesse der Betriebe ist eine rechtliche Anmeldung unbedingt erforderlich.

Zählung am 4. Dezember 1918. Seit dem 1. März 1917 werden auf Beschluss des Bundesrats vierteljährliche Zählungen vorgenommen, deren Ergebnisse für die Verteilung sowohl der Fleischverteilung als der Futtermittelverteilung wichtig und unentbehrlich sind. Die Zählungen erstrecken sich auf Pferde, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Gänse, Enten, Hühner und zahme Kaninchen. Die nächste Zählung hätte am 1. Dezember d. J. stattzufinden. Da dieser Tag jedoch ein Sonntag ist, und da ferner durch Bundesratsbeschluss eine allgemeine Volkszählung für Mittwoch, den 4. Dezember d. J., angeordnet ist, wurde bestimmt, daß auch die nächste Viehzählung an diesem Tage stattfinden soll. Durch die Zusammenlegung beider Zählungen auf einen Tag wird das Zählgeschäft, die Auswertung und die Wiedereinstellung der Zählpapiere in den Haushaltungen usw. für alle beteiligten Stellen, sowohl für die Behörden wie für die Zähler und die gesamte Bevölkerung, wesentlich erleichtert und vereinfacht.

Erleichterungen im Wertpapierverkehr. Der Staatssekretär des Reichspostamts hat verfügt, daß vom 15. November ab bei Paketen mit Wertangabe bis 100 Mark versuchsweise keine höheren Anforderungen an Verpackung und Verschluß zu stellen sind, als an gewöhnliche Pakete ohne Wertangabe. Insbesondere wird bei den Paketen bis 100 Mark keine Verriegelung mehr verlangt. Dadurch wird es jedem Absender möglich gemacht, Pakete im Wert bis 100 Mark ohne weitere Schwierigkeiten unter Entrichtung der Versicherungsgebühr von 10 Pfennigen als Wertpakete aufzuliefern. Geben derartige Pakete verloren oder werden sie beschädigt oder beunruhigt, so wird bei der Erstattung der Wertangabe zu Grunde gelegt, sofern nicht der angegebene Wert den gemeinen Wert der Sendung übersteigt. In diesem Falle wird nur der letztere ersetzt. Aus Betriebsrückfällen ist bei Paketen bis 100 Mark der Wert nur auf der gelben Paketkarte, nicht aber auf den Paketen selbst anzugeben.

Vorsatz der Reichs-Weisbrotmarken über 500 Gramm. Mit Ablauf des 15. Dezember d. J. werden die über 500 Gramm lautenden Reichs-Weisbrotmarken außer Kraft gesetzt. Es darf also vom 16. Dezember einschließlich ab auf sie Gebak nicht mehr verholzt werden. Für den Verbraucher kann ein Umtausch der 500 Gramm-Marken in 50 Gramm-Marken bis zum 15. Dezember einschließlich stattfinden. Nach dem 15. Dezember ist ein Umtausch nicht mehr

zulässig, außer wenn der Verbraucher einen Lebensmittelkarten-Abmeldechein oder sonstigen Ausweis vorlegt, aus dem hervorgeht, daß er über den 15. Dezember hinaus mit Reichsbrotmarken statt mit örtlichen Brotmarken für seine Brotverforgung versehen ist.

Behinderte Pferdeversicherung. Auf der Erdenheimer Rennbahn sollten gestern 500 Pferde und Fohlen des L. u. F. Pferdespitals Nr. 74 öffentlich versichert werden. Die Versicherung konnte aber nicht stattfinden, da kurz vor dem Beginn der Versicherung der Arbeiter- und Soldatenrat auf dem Platze erschien und die Pferde beschlagnahmte.

Achtstunden-Arbeitszeit. Die Firma Steinherg u. Vorsanger hat, nachdem sie schon bis jetzt achtstündige Arbeitszeit eingeführt, von nun an die achtstündige Arbeitszeit eingeführt.

Recht geht! Diese Mahnung wird bei der jetzt herrschenden Dunkelheit trotz wiederholten Hinweises, wenig beachtet. Anrempelungen sind im Dunkeln nicht selten mit solchen, die es eilig haben und links statt rechts dahineilen. Selbstsücht und Aufmerksamkeitslosigkeit leidet dann auch auf der Straße beobachten, dann werden auch Belästigungen vermieden.

Diebstahl. Der Beamten- und Bürger-Konsumverein für Wiesbaden und Umgebung teilt mit, daß bei dem Einbruch in der Verkaufsstelle Eiserstraße 2 kein bares Geld gestohlen worden ist. Der Diebstahl, durch den Diebstahl entstandene Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Einbruch. In dem Hause des russischen Erzpriebers von Protocypoff, der sich seit Kriegsbeginn in der Schweiz aufhält, wurde ein Einbruch verübt. Was gestohlen worden ist, konnte noch nicht festgestellt werden.

### Aus Nassau und Nachbargebieten.

# Erbach, 11. Nov. Beim Rangieren von einem Viehdieb. Beim Rangieren eines Güterzugs auf dem Bahnhofs Viehdieb-Ort wollte der neunzehnjährige Rangierer Bremer von hier einen heranrollenden Wagen an einen anderen anknüpfen. Hierbei geriet er mit dem Kopf zwischen die beiden Puffer, sodaß der Schädel zerquetscht wurde. Der Tod trat auf der Stelle ein.

a. Frankfurt, 13. Nov. Schieberei am Hauptbahnhof. Gestern Nachmittag 2 Uhr wurde die alte Kommandantur aus dem Hauptbahnhof entfernt. Bald darauf sollen Schiffe aus einem Hause auf die vor dem Bahnhof postierten Marinegruppen abgegeben worden sein. Diese Schiffe mit Maschinengewehren. Es erfolgte schließlich Durchsuchung einiger Häuser, doch konnte nicht festgestellt werden, woher eigentlich die Schiffe gefallen waren. Ein Kriegsbeschädigter wurde bei dieser Schieberei durch Wirtelstich mittels Querschlägers getötet. Zwei Personen wurden verletzt. Die Ruhe war bald wieder hergestellt.

h. Frankfurt, 13. Nov. In der gestrigen Stadterordnetenversammlung erschien ein Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates und erklärte, daß jetzt der Arbeiter- und Soldatenrat die höchste Vertretung der Stadt Frankfurt die gegebenen Rechtsverhältnisse anzuerkennen haben. Jegliche Tätigkeit der Sitzung wurde sofort unter der Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrates ausgesetzt. Der Vorkommnisse Ausschuss der Versammlung gab darauf nach kurzer Beratung die Erklärung ab, daß er den Rat als höchste Gewalt der Stadt anerkenne und bereit sei, in seinem Sinne zu arbeiten. Dementsprechend beschloß auch die Stadterordnetenversammlung einstimmig. Auch der Magistrat, dem zwei Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates beigegeben werden, hat die neue Gewalt anerkannt. Der stellvertretende Polizeipräsident, Dr. Singheim, warnte vor jedem Anschlag gegen die jetzige Macht. Alle Kraft müsse den Heimkehrenden gewidmet werden, und wenn der Reichskommissar in Berlin die hiesigen Rohstoffe nicht freigebe, dann gäbe sie der Frankfurter Polizeipräsident frei. Die Versammlung genehmigte sodann einstimmig die Einführung des Achtstunden-Arbeitszeitges in den hiesigen Betrieben und bewilligte 50 000 Mark für die Entlohnung neuer Hilfskräfte für die Abrüstungsarbeit, 2 Millionen Mark zur Beschaffung von Anzügen für die heimkehrenden Krieger und 500 000 Mark zur Beschaffung von Banknoten. Schließlich wurde der Bildung einer fünfzehngliedrigen Friedenskommission, der auch zwei Frauen angehören sollen, zugestimmt.

h. Frankfurt, 13. Nov. Die Grippeepidemie nimmt einen raschen Rückgang. Infolgedessen setzte die Schulbehörde den Wiederbeginn des Unterrichts für sämtliche Schulen auf Freitag fest.

Bad Homburg, 12. Nov. Ein Bauernrat soll auch für den Ober-Taunuskreis in Wirksamkeit treten. Gestern hat hier unter dem Vorsitz des Landrats von Marx und unter Beisein einiger Mitglieder des Homburger Arbeiterrats eine Sitzung der Landbürgermeister des Ober-Taunuskreises stattgefunden. Nach einer Anrede des Landrats, in der die anwesenden Bürgermeister namentlich auf die Notwendigkeit der reiblosen und pünktlichen Ablieferung der Lebensmittel aufmerksam gemacht wurden, verpflichteten sich diese, den Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat anzuerkennen und die sofortige Wahl von Delegierten in ihren Gemeinden vornehmen zu lassen.

\* Limburg, 12. Nov. Bildung eines Bauern-, Arbeiter- und Soldatenrats. Unter Vorsitz des Landratsamtsverwalters, Professor v. Borde, wurde gestern hier in Anwesenheit des Limburger Soldaten- und Arbeiterrats eine Versammlung der Bürgermeister des Kreises Limburg abgehalten. Professor v. Borde forderte zur tatkräftigen Mitarbeit mit dem Soldaten- und Arbeiterrat auf; die beiden Vorsitzenden des Soldaten- und Arbeiterrats hatten die Bürgermeister, zwecks Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und insbesondere der Sicherung der Lebensmittelversorgung um tatkräftige Unterstützung. An Stelle der jetzt in den Gemeinden bestehenden Wirtschaftsausschüsse soll ein Arbeiter- und Bauernrat gewählt werden, der die Aufgabe hat, in erster Linie für die reiblose Erlassung und Veranschaffung von Lebensmitteln zu sorgen.

— Dillenburg, 12. Nov. Zur Sicherung der Ernährung der Städte erklärt der Kreis-Ausschuss einen Aufruf an die Landwirte des Kreises, in dem es heißt: „Das Vaterland wird die augenblicklichen schweren Ernährungslagen nicht überleben, wenn die Ernährung zusammenbricht. Wenn die großen Städte, die Armee und die Industriezentren kein Brot, keine Kartoffeln und kein Fett mehr erhalten, dann bricht Hungernot aus, die alle Sünden im Gefolge haben wird. Darum, Landleute, liefert euer Getreide, eure Kartoffeln, Milch, Butter, Fleisch, Stroh und Heu in derselben Weise wie bisher ab. Ihr tut dies in eurem eigenen Interesse, im Interesse eures Hauses und eures Hofes.“

### Gericht und Rechtspredung.

Fe. Bekrafter Lebensdieb. In einem ersten hiesigen Pelzwarengeschäft erschien im November v. J. der Kaufmann

Eduard Jalkier aus Berlin-Schöneberg und ließ sich einen kostbaren Pelzmantel vorlegen. Er kaufte den Mantel, zahlte 50 Mark darauf an und gab die Bestellung, ihm den Mantel per Nachnahme zuzuliefern. Man war hiermit einverstanden, gewährte jedoch, als der Kunde weg war, daß ein Stankmuff im Werte von 800 Mark fehlte. Das Wertpaket mit dem Pelzmantel kam nach kurzer Zeit zurück. Der Verdacht, den Muff entwendet zu haben, lenkte sich auf Jalkier. Im Februar d. J. kam aus Berlin-Schöneberg ein Paket mit einem fingierten Absender an, in dem der verschwundene Muff der Firma wieder zugehört wurde. Die Ermittlungen ergaben, daß Jalkier den Muff gestohlen hat. Das Schöffengericht Wiesbaden verurteilte den Dieb zu einem Monat Gefängnis.

Fe. Wiesbadener Strafkammer. Der 37jährige Weichenheller Vincenz M. aus Biedrich hatte sich in der Zeit von Juli bis August d. J. an schulpflichtigen Kindern unzüchtig verhalten. Der Staatsanwalt beantragte gegen diesen gefährlichen Kinderfreund eine Justizstrafe von 18 Monaten, das Gericht dagegen erkannte auf sieben Monate Gefängnis. — Weil sie auf ihrer Arbeitsstelle in Höchst eine Mensarde erbrochen und daraus Gegenstände im Werte von 1000 Mark entwendet hatte, verurteilte die Strafkammer die Monatsfrau Anna C. aus Ried a. R. zu einer Gefängnisstrafe von fünf Monaten.

### Dermischtes.

Ein schweres Jagdunfall. Wie die „Leipziger Abendzeitung“ meldet, hat in der Gegend von Raunhof bei Leipzig ein Gutsbesitzer auf der Jagd einen ihm befreundeten Nachbar aus Versehen erschossen. Es soll schon ziemlich dunkel gewesen sein, als der unglückliche Schütze vor sich ein schleichendes Tier gewahrt, das aus einem Gebüsch heraustrat. Er hielt es für ein Stück Wild und ging mit schußfertigem Gewehr darauf zu. Dabei ist er, wie er angibt, getrauscht, und das Gewehr ist dadurch vorzeitig zur Entladung gekommen. Beim Abfeuern gewohnte der Jäger dann zu seinem Schreden, daß der Gutsbesitzer Gnitsch, der in gebückter Haltung aus dem Gebüsch heraustrat, tatsächlich getroffen war. Der unglückliche Schütze stellte sich selbst dem Gericht.

### Volkswirtschaft.

#### Aufrechterhaltung unserer Ernährungswirtschaft.

Der Kriegsausschuss der deutschen Landwirtschaft erklärt einen Aufruf an die landwirtschaftlichen Körperschaften Deutschlands, in dem an die oberste Pflicht aller Behörden wie aller Teile der Bevölkerung, unsere Ernährungswirtschaft im Interesse des Volksganzen im vollsten Umfang aufrechtzuerhalten, hingewiesen wird. Jede Störung der Ordnung auf dem Lande muß mit allen Mitteln verhindert werden. Soll die Landwirtschaft lieferungsfähig bleiben, so muß die Sicherung ihrer Betriebe voll gewährleistet werden. Diese Aufgabe fällt in erster Linie den Behörden zu; sie kann aber nur erfolgreich durchgeführt werden, wenn auch die Landwirtschaft selbst durch sofortige Bildung von Orts- oder Gemeindeausschüssen für den nötigen Schutz ihrer Betriebe und der geregelten Lieferung sowie für die tatkräftige Abwehr aller einseitigen Eingriffe in dieselben sorgt. Jedes Anwarten kann verhängnisvoll werden. Die landwirtschaftliche Bevölkerung wird deshalb aufgefordert, sofort mit der Bildung solcher Orts- oder Gemeindeausschüsse vorzugehen. Diese Ausschüsse müssen gebildet werden von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Sie müssen getragen sein von dem Vertrauen aller ländlichen Kreise; sie dienen keiner Sonderorganisation und treten außer Wirksamkeit, sobald die derzeitige Notlage beseitigt ist. Auch die Zugehörigkeit von Vertretern der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung ist dringend erwünscht. Bei der Bearbeitung dieser Ausschüsse wird man sich selbstverständlich, soweit die Arbeitgeber in Frage kommen, in erster Linie mit den dienlichen Männern zu halten haben, die sich schon in den bestehenden landwirtschaftlichen Organisationen, insbesondere in den Genossenschaftlichen und landwirtschaftlichen Vereinen, führend tätig sind. Die Heranziehung der Vertreter aus den Arbeitnehmerschichten wird am besten diesen selbst zu überlassen sein, um auch den Anschein zu vermeiden, als ob von Seiten der Arbeitgeber ein unzulässiger Einfluß hierbei ausgeübt werden könnte.

#### Der deutsche Gemüsebau im Frieden und Kriege.

Unter diesem Titel hat die Reichsstelle für Gemüse und Obst eine kurze Denkschrift herausgegeben. Aus ihr geht hervor, daß der Gemüsebau von 1878 bis 1916 trotz einer Bevölkerungszunahme um mehr als 40 Prozent ständig zurückgegangen ist. Besonders stark war der Rückgang während der ersten Kriegsjahre bis 1916, wogegen gerade in dieser Zeit die Preise um ein Vielfaches gegenüber den Friedensverhältnissen stiegen. Der sechsmäßige Gemüsebau betrug im Jahre 1913 noch 166 150 Hektare, im Jahre 1916 dagegen nur 104 656 Hektare. Deutschland hand damals vor einer ungewöhnlich bedenklichen Entwicklung des Gemüsebaues, geradezu vor einer Katastrophe. Hierin trat erst anfangs 1917 eine Wendung ein, die Einführung des Preisungs-Vertragsystems ein, obwohl dieses eine starke Senkung der Preise brachte. Im ersten Jahre, in welchem sich infolge des sowohl bei den Erzeugern als auch bei den Konsumverhältnissen und Großverbraucher nur schwer zu überwindenden Mißtrauens noch keine besonders starken unmittelbaren Beziehungen zwischen Erzeugern und Verbrauchern herausbilden konnten, war der Erfolg zwar nur gering. Die sechsmäßige Gemüsebaubankfläche steigerte sich von 104 656 Hektaren auf nur 107 512 Hektare. Im Jahr darauf betrug aber die Vermehrung des sechsmäßigen Gemüsebaues bereits 130 Prozent, indem eine Steigerung der Anbaufläche auf 250 000 Hektare eintrat. Eine Preissteigerung wurde im Jahre 1918 nicht vorgenommen, so daß dieser große Erfolg wohl ausschließlich dem neuen Wirtschaftssystem zu danken bleibt. In gleicher Zeit lies der gartenmäßige Anbau von 65 000 Hektaren auf 130 000 Hektare, mithin um 100 Proz. Auf diese Steigerung des sechsmäßigen und des gartenmäßigen Gemüsebaues unter weiterer Berücksichtigung einer verhältnismäßig guten Ernte ist die zufriedenstellende Versorgung der Bevölkerung mit Gemüse in diesem Jahre zurückzuführen, namentlich in den kritischen Monaten Juni, Juli und August.

Frankfurter Börsenbericht vom 13. November. Der nicht-offizielle Verkehr verlief bei lebhaftem Geschäft in normalem fester Haltung. Bei den meisten Gebieten erfolgten Verkäufe, wobei ansehnliche Kursberichtigungen erzielt werden konnten. Lebhaftere Umsätze vollzogen sich auch in Anlagewerten, namentlich für Hypothekendarlehen und Staatsanleihen. Deutscherisch-ungarische Renten schwächten sich ab Pfundwerte lagen fest.

Schleierung: Bernhard Gröbner. Verantwortlich für deutsche und auswärtige Politik: H. Gröbner; für Kunst, Wissenschaft, Unterhaltung- und volkswirtschaftliche Teile: H. C. Eißendörfer; für Stadt- und Landnachrichten, Gericht und Sport: I. S. Hans Dänke; für die Anzeigen: Job. Döbler. Täglich in Wiesbaden. Druck-Verlag der Wiesbadener Verlagsgesellschaft M. B. H.



**STATT KARTEN.**

Die **VERLOBUNG** ihrer 2ten Tochter **LISELOTTE** mit dem Oberleutnant z. S. Herrn **HERMANN POLENZ** in Kiel zeigen ergebenst an

**M. Ammon und Frau Elma** geb. Reyländer.

Wiesbaden, den 3. 11. 1918. Walkmühlstr. 20

Meine **VERLOBUNG** mit Fräulein **LISELOTTE AMMON** zeige ich ergebenst an.

**Polenz** Oberleutnant z. S. Kiel den 3. 11. 1918.

**Kurhaus Wiesbaden.**

**Donnerstag, 14. Nov.:** Nachmittags 4 Uhr: **Abonnements-Konzert**

- Abends 8 Uhr: **Operetten- und Walzer-Abend** Städtisches Kurorchester.
1. Ouvertüre zur Operette „Orpheus in der Unterwelt“
  2. Walzer aus der Operette „Die lustige Witwe“ Lehár
  3. Potpourri aus der Operette „Der liebe Augustin“ Fall
  4. Walzer a. d. Oper. „Polenblut“
  5. Potpourri aus der Operette „Schwarzwaldmädel“ Jessel
  6. Walzer aus der Operette „Die Rose von Stambul“
  7. Marsch aus der Operette „Die Amazone“ Bion

**Konsum-Verein für Wiesbaden und Umgegend E. G. m. b. H.**

Gemäss § 28-30 unseres Statuts findet die

**ordentliche General-Versammlung**

Sonntag, den 17. November d. Js., nachmittags 3 Uhr, im grossen Saale des Gewerkschaftshauses, Wellritzstrasse 49 statt, wozu wir unsere Mitglieder höflichst einladen.

**Tagesordnung:**

1. Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr; a) des Vorstandes, b) des Aufsichtsrates.
  2. Genehmigung der Bilanz und Beschlussfassung über die Verteilung der Reinerübrigung.
  3. Ersatzwahl für den Aufsichtsrat.
  4. Statutenänderung.
  5. Festlegung der Summe für aufzunehmende fremde Gelder.
  6. Anträge.
- Eventl. Anträge sind bis Donnerstag, den 14. ds. Mts. an den Unterzeichneten einzureichen.

**Der Aufsichtsrat des Konsum-Vereins für Wiesbaden und Umgegend**

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung

**August Dietrich**, Vorsitzender, Kirchgasse 74.

Kinder unter 12 Jahren haben keinen Zutritt.

**Statt jeder besonderen Meldung.**

Nach Gottes heiligem Willen starb am 11. November fern von den Seinen in Feindesland nach 4-jähriger treuester Pflichterfüllung mein lieber Mann, meiner Kinder treuester Vater

der **Königliche Generalmajor z. D.**

**Max-Joachim von Hake**

Erbschenk der Kurmark Brandenburg Inhaber des Eisernen Kreuzes I. und 2. Klasse u. a. Orden, Rechtsritter des Johanniterordens.

Im Namen aller Hinterbliebenen in tiefem Leid:

- Elisabeth von Hake, geb. Lichtenberg  
Elsa von Hake  
Margot von Hake  
Hans Joachim von Hake  
Jrene von Hake.

Jeremias 31, 3. Wiesbaden, 14. November 1918.

(1083)

**Nassauisches Landestheater.**

Donnerstag, den 14. November, abends 7 Uhr. 9. Ser. 10. K.

**Die Aledermans**

Operette in drei Akten von Johann Strauß. Text nach Weidbac und Dalcro von G. Gattner und Richard Genée. In Szene gesetzt von Ferna Ober-Regisseur Medus. Die Handlung spielt in einem Badeort in der Nähe einer grossen Stadt. Ende nach 10.15 Uhr.

**Residenz-Theater.**

Donnerstag, den 14. November. Abends 7 Uhr.

**Frauchen kreißt!**

Musikalischer Schwan mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Leo Raffner und Alfred Müller. Gesangsdirige von Hans Lorenz. Musik von Dr. Weiser. Spielleitung: Edward von der Bede. Musikalische Leitung: Paul Brandenberg. Ende nach 9.30 Uhr.

**Wiederaufnahme der Praxis.**

**San.-Rat Dr. med.**

**F. Tecklenburg**

Innere Krankheiten bes. Verdauung u. Ernährung

Sprechzeit: Werktags 10-12, Friedrichstrasse 45 II. Telefon 4 00. Ausserhalb der Sprechzeit gilt Tel. 333 (Hotel Reichspost). (\*158)

**Zahnarzt Joh. Groth**

vom. Professor der Zahnheilkunde in Brüssel hat seine Praxis eröffnet

Wiesbaden, Gr. Burgstrasse 14, I. im Hause Musikalien- und Instr. Ha. d. E. Schellenberg.

Telefon 6564

Sprechstunden 9-1 und 3-5 Uhr. Spezialität: Kronen und Brücken. (\*165)

**Monopol**

Wilhelmstr. 8, Daltel. Rheinstr. Telefon 140.

**Lothe Neumann**

in **Das Herzlein v. Groß-Tornau**

ein Mädchenstück in 4 Akten.

Interessante Naturbilder.

Der ungelungene

**Paul Heidemann**

in **Vater wider Willen**

höfliche Poße in 3 Akten.

Anfang 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

**Wer wagt, gewinnt!**

**Rote-Lotterie**

Ziehung 6.-11. Dezbr. 1918.

17851 Geldgewinne bar ohne Abzug

**600000**

**100000**

**50000**

Hauptgewinn

Los à 11. 2.75 [45 Pfg. extra]

versendet auch unter Nachn.

Carl Schneemi oh, Hamburg 24.

**Kinephon**

Tannusstr. 1, nahe Kochbrunnen. Telefon 140.

**Alein - Erst - Aufführung!**

Der viel gelebte, vollständige Roman von W. Feinsburg

**Lumpenmüllers**

**Lieschen**

Schauspiel in 5 Akten mit Edith Müller.

**Maria Fein**

in **„Liebesopfer“**

eine Ehe-Tragödie in 4 Akten.

Anfang 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

**Dame** (\*1658)

äußerst geschäftstüchtig wünscht leitenden Posten in Hotel, Restaurant oder gutem Privat-haus; da vorg. kaum Kenntn vorhanden, würde evtl. auch Bittstelle in Betracht kommen. Gef. Zuschr. erb. unt. Z. 360 an Gesch. d. B. Wilhelmsstr. 11.

**Pelze,**

1 gr. Opoffum-Mantel, 1 Feder-rücken-Jaket, Sängelampen, elektr. gr. u. kl. Goldermöbel, tadellos, billig abgegeben. 3-5. (\*1637) Nassau, Kerotal 14, 11

**Weinrestaurant ROLAND**

Wiesbaden / Spiegelgasse 5 / Fernruf 6237

Mittagslich von 12 bis 3 Uhr

Abendessen vor u. nach dem Theater

Frühstücksisch zu kleinen Preisen. R. Hornig.

Ich halte täglich, außer Sonntag und Freitag nachmittags 3-4 Uhr Sprechstunde ab.

**Dr. med. Elisabeth Gerbert** geb. Föllinger

**Frauenärztin.**

Wiesbaden, Taunusstrasse 23, II. (\*1654)

**Bekanntmachung.**

Vom 15. November 1918 ab gelangen im Ver-kehrsbüro, sowie am Eingang zum Kurhaus

**Kurhausdauerkarten für das Kalenderjahr 1919**

zur Ausgabe.

Die Preise sind folgende:

- A. für Einwohner: die Hauptkarte 40.- Mk. die Beikarte 18.- Mk.
- B. f. Bewohn. d. Nachbarorte: d. Hauptkarte 50.- Mk. die Beikarte 25.- Mk.

Die Karten berechtigen vom Tage der Lösung ab zum Besuche des Kurhauses.

Auf Wunsch erfolgt gebührenfrei Zusendung.

Wiesbaden, den 6. November 1918.

Städt. Kurtaxverwaltung.